



Nationalratswahl 2024: Parteien-Befragung zur Bio-Landwirtschaft
Antworten im Original-Wortlaut und weiterführende Informationen

METHODIK	1
FRAGEN	2
1. Zukunftsstrategie Bio-Landwirtschaft der Bundesregierung	2
2. Anreize durch Abgeltung öffentlicher Leistungen in der GAP	3
3. Steigerung des Bio-Absatzes in der öffentlichen Beschaffung	5
4. Gentechnik-Freiheit absichern	6
5. Tierwohl-Kennzeichnung mit Bio-Stufe	8
WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN	9
Parteiprogramme	9
Wahlhilfen im Internet	11

Methodik

Den fünf derzeit im Parlament vertretenen Parteien wurde jeweils ein identer Fragebogen zugesandt. Dieser besteht aus fünf Fragen, deren Hintergründe BIO AUSTRIA durch kurze Begleittexte erläutert. Alle Fragen können mit ja oder nein beantwortet werden. Zusätzlich gibt es bei jeder Frage die Möglichkeit einen Kommentar hinzuzufügen. Wir haben die Parteien gebeten sich dabei auf maximal 1.000 Zeichen zu beschränken.

Bio Austria hat beide Teile (Ja/Nein und Erläuterungstext) ausgewertet und aufbereitet. Wenn die Antworten widersprüchlich waren, so wird in der Auswertung ausdrücklich darauf hingewiesen. Die Originalfassungen der gestellten Fragen sowie der übermittelten Antworten sind vollständig in vorliegendem Dokument veröffentlicht.



Fragen

1. Zukunftsstrategie Bio-Landwirtschaft der Bundesregierung

Frage: Sind Sie für die Einführung einer ressortübergreifenden Zukunftsstrategie der Bundesregierung zur Stärkung der Bio-Landwirtschaft in Österreich?

Die österreichische Land- und Lebensmittelwirtschaft steht vor großen Herausforderungen: Es gilt die Ernährungssicherheit der österreichischen Bevölkerung zu sichern indem die Produktion gesunder Lebensmittel nachhaltig gestaltet und durch Kreislaufwirtschaft die Abhängigkeit von Rohstoff- und Energieimporten reduziert wird. 27 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche Österreichs werden bereits biologisch bewirtschaftet und tragen somit wesentlich zur Bewältigung dieser Herausforderung bei. Im aktuellen Aktionsprogramm des Bundesministeriums für Landwirtschaft ist als Ziel 35% Bio-Anteil bis 2030 verankert. Eine ressortübergreifende Bio-Zukunftsstrategie der Bundesregierung bietet die Chance ein Maßnahmenpaket von der Forschungs- und Bildungspolitik über Lebensmittel- und Konsumentenschutzrecht bis zur Landwirtschaft zu schnüren und die ressortübergreifende Zusammenarbeit aller relevanten Akteure sicherzustellen.¹ Dadurch kann die heimische Bio-Landwirtschaft gestärkt und somit ihr Beitrag zur Ernährungssicherheit Österreichs weiter ausgebaut werden.

ÖVP: JA!

Die bisherigen Bio-Aktionsprogramme haben gezeigt, dass eine gezielte Förderung der biologischen Landwirtschaft in Österreich sehr erfolgreich ist. Seit dem ersten Bio-Aktionsprogramm 2001/2002 hat sich der Anteil der Biobetriebe verdoppelt, und auch die Bioflächen sowie der Konsum von Bio-Lebensmitteln haben kontinuierlich zugenommen. Wesentlich für diesen Erfolg war die enge Zusammenarbeit zwischen Landwirten, Wissenschaft, Beratung und Konsument sowie die kontinuierliche finanzielle Unterstützung. Ziel muss es sein Österreich weiterhin als führendes Bioland in Europa zu positionieren und weiter zu stärken. Dabei werden in gewohnter Weise alle relevanten Akteure in die Planung und Umsetzung eingebunden. Entscheidend ist allerdings auch den Mehrwert von regionalen Produkten und der heimischen Wertschöpfung zu stärken und konventionelle und biologische Landwirtschaft nicht gegeneinander auszuspielen. Ebenso braucht es entsprechende Absatzmärkte für Bio-Produkte. Wenn nur die Produktion, nicht aber der Absatz steigt, dann führt das zu sinkenden Preisen bei Bio-Produkten.

SPÖ: JA!

Die SPÖ setzt sich für eine gesunde Umwelt und gesunde Lebensmittel ein. Dazu gehört selbstverständlich die Unterstützung der biologischen Landwirtschaft, da diese naturnah und möglichst tierwohlgerecht gesunde Lebensmittel produziert. Das beinhaltet, dass die Agrarfördermittel einen besonderen Schwerpunkt für diese Form der landwirtschaftlichen Produktion vorsieht und Einstiegs- und Umstiegsförderung verankert sind. Eine Umschichtung der Agrarfördermittel in Richtung naturnahe und extensive Bewirtschaftung muss aus Sicht der SPÖ jedenfalls erfolgen. Die Reduktion chemisch-synthetischer Pestizide und synthetischer Düngemittel sehen wir als zentral für den Erhalt gesunder Böden

¹

In einer vom BMLRT in Auftrag gegebenen Studie des FiBL aus dem Jahr 2021 wird die Einbindung weiterer Ministerien vorgeschlagen: Kummer et al., 2021: Stärkung der biologischen Landwirtschaft in Österreich bis 2030. Studie zu Erfolgsfaktoren und Handlungsoptionen zur Stärkung des Bio-Landbaus bis 2030. Seite 132f (https://dafne.at/content/report_release/c08d327d-fa32-4de9-ac8c-b11d7d9646fc_0.pdf)



und von sauberem Trinkwasser an. Forschung und Entwicklung, Bildung, Lebensmittel- und Konsumentenrecht hängen mit Agrarpolitik direkt zusammen, weshalb eine solche Initiative unterstützt wird.

FPÖ: JA!

Ja, es braucht eine ressortübergreifenden Zukunftsstrategie zur Stärkung der Bio-Landwirtschaft in Österreich. Gleichzeitig muss die Politik aber auch mit gutem Beispiel vorangehen. Umso verheerender ist die Optik daher, wenn Bundeskanzler Nehammer dazu rät möglichst billige Burger zu essen, während im Verteidigungsministerium für unsere Soldaten nur ein Bioanteil von knapp 1,5 Prozent erreicht wird.

GRÜNE: JA!

Das Bio-Aktionsprogramm 2023+, das vom ÖVP geführten Landwirtschaftsministerium erarbeitet wurde, wurde nicht ressortübergreifend erarbeitet. Eine ressortübergreifende Zukunftsstrategie wäre aber natürlich viel besser, um die Bio-Landwirtschaft entlang der gesamten Wertschöpfungskette zu fördern und zu stärken.

NEOS: JA!

NEOS unterstützen die Einführung einer ressortübergreifenden Zukunftsstrategie zur Stärkung der Bio-Landwirtschaft in Österreich, da sie nachhaltige Praktiken fördert und die Umweltbelastung verringert. Nachhaltige Produkte schützen die Gesundheit der Konsument:innen und stärken die lokale Wirtschaft durch höhere Marktwerte und neue Arbeitsplätze. Forschung und Innovation im Bereich der Bio-Landwirtschaft können durch eine solche Strategie gezielt gefördert werden, was langfristig die Produktivität und Effizienz steigert. Eine wichtige Rolle hat der Staat auch nachfrageseitig. Wir NEOS fordern daher, dass eine nachhaltige Beschaffung von Lebensmitteln durch die öffentliche Hand sichergestellt wird. Aktuell sind die Ministerien zwar dazu verpflichtet, Bio-Quoten einzuhalten. Wie NEOS-Recherchen aufgezeigt haben, werden diese oft nicht eingehalten. Hier braucht es eine konsequente Einhaltung, damit der Staat für mehr Angebot sorgt und Qualität in den Vordergrund gestellt wird.

2. Anreize durch Abgeltung öffentlicher Leistungen in der GAP

Frage: Werden Sie dafür eintreten, dass die zukünftige Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU und deren Umsetzung in Österreich für jene Bäuerinnen und Bauern einen deutlichen wirtschaftlichen Anreiz und Vereinfachungen bietet, die ihre Betriebe biologisch bewirtschaften?

Die von der Landwirtschaft geforderten Gemeinwohlleistungen (Schutz der Wasser- und Luftqualität, Biodiversität, Bodenschutz, Tierwohl etc.) können nur teilweise durch die Produktpreise abgegolten werden. Daher ist es Aufgabe der Politik sicherzustellen, dass die Leistungen agrarökologischer Systeme wie der biologischen Wirtschaftsweise auch aus öffentlichen Mitteln entsprechend honoriert werden. Die biologische Wirtschaftsweise erbringt diese Leistungen durch betriebliche Ökologisierung in sehr hohem Maße. Das volle Potential der biologischen Landwirtschaft für die Gesellschaft und die Bäuerinnen und Bauern kann nur abgerufen werden, wenn biologisch zu wirtschaften einen ökonomischen Vorteil bringt und von bürokratischen Vereinfachungen profitieren kann.



ÖVP: JA!

Österreich ist nicht ohne Grund Bio-Weltmeister und Vorreiter in klimafreundlicher Lebensmittelproduktion. Bereits heute zeigt unser Agrarsektor, dass Klima- Umwelt- und Ressourcenschutz in der österreichischen Landwirtschaft Hand in Hand gehen. Mit dem Herzstück der GAP, dem Agrarumweltprogramm ÖPUL, erbringen über 80 Prozent der Betriebe freiwillig zusätzliche ökologische Leistungen. Dank der harten Arbeit der Bäuerinnen und Bauern sowie der konsequenten Agrarpolitik werden 27 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen in Österreich biologisch bewirtschaftet. Österreich hat damit eine der klimafreundlichsten landwirtschaftlichen Produktionen weltweit und darauf können wir stolz sein. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Mehrleistungen in der nächsten GAP-Periode noch stärker honoriert werden. Bereits in dieser Periode forcieren wir unter anderem einen Zuschlag für Kreislaufwirtschaft bei Bio-Betrieben und eine Erhöhung der Bio-Prämie für Ackerflächen. Künftig müssen wir auch die Kontrollbelastung senken und mehr Flexibilität bei der Erfüllung der Auflagen schaffen, um die Herausforderungen der GAP zu bewältigen und unseren Bäuerinnen und Bauern Planungssicherheit zu bieten.

SPÖ: JA!

Die jüngsten überfallsartig durchgezogenen Änderungen der Regelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) auf europäischer Ebene haben ohne eine Folgenabschätzung stattgefunden und es wurden unter dem Schlagwort Entlastung Vorgaben für mehr Biodiversität zurückgenommen, die im Zuge dieser GAP-Periode eigentlich einen Fortschritt für umweltgerechtes Handeln der Landwirtschaft europaweit bringen hätten sollen. Es darf nicht zu weiteren vorschnellen Rückschritten kommen, im Gegenteil muss mit den Fördermitteln der GAP erreicht werden, dass die Umwelt profitiert. Wie bereits beschrieben, müssen diese öffentlichen Steuergelder so eingesetzt werden, dass die Böden, die Grund- und Oberflächengewässer und die Artenvielfalt davon profitieren und entsprechend einer notwendigen Entwicklung beim Tierschutz die Haltungsbedingungen in den Ställen deutlich verbessert werden. Die Höhe des Steuertopfes im Agrarbereich erlaubt es, Schwerpunkte zu setzen, von denen jene Betriebe profitieren, die ökologisch handeln.

FPÖ: JA!

Die heimische Landwirtschaft braucht einen Abbau des Bürokratie-Wildwuchses aufgrund der GAP sowie der Umsetzungsmaßnahmen der Bundesregierung von ÖVP und Grünen. Nur so kann das fortschreitende Bauernsterben gestoppt und eine wirtschaftliche biologische Landwirtschaft betrieben werden. Davon profitieren alle: Unsere gepflegte Kulturlandschaft sichert die Lebensqualität in den ländlichen Gebieten und ist der Grund für die touristische Attraktivität unserer Heimat. Aufgrund ihrer gesamtgesellschaftlichen Bedeutung gilt es diese zu erhalten und die Leistung der Landschaftspflege zu honorieren. Wir haben daher beispielsweise die Einführung eines „Landschaftsschützer-Bonus“ vorgeschlagen.

GRÜNE: JA!

Wir Grüne wollen eine umfassende Reform der europäischen Agrarpolitik. Dazu gehört eine echte Förderung von ökologischem Mehrwert statt starren Direktzahlungen nach Flächengrößen. Konkret wollen wir für alle Biobetriebe eine Bio-Basis-Prämie, die ihren ökologischen Mehrwert anerkennt und ihren höheren Arbeitsaufwand honoriert.



NEOS: JA!

NEOS fordern eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), bei der die Mittel nicht mehr primär nach Flächenbesitz verteilt werden, sondern verstärkt nachhaltige Anbaumethoden sowie kleine und mittlere Betriebe gefördert werden. Österreich setzt sich auf EU-Ebene für eine grundlegende Umgestaltung der GAP ein: Die Mittel sollen langfristig weg von der Flächenförderung und hin zu einer integrierten ländlichen Entwicklung sowie zu kleineren Betrieben umgeschichtet werden. Eine enge Verknüpfung von Förderungen an Umweltvorgaben (Ökologisierung) und ein stärkerer Fokus auf regionale Vermarktung und sanfte Anbaumethoden machen die Landwirtschaft zukunftsfit und klimaschonender. Wir setzen uns für eine gerechte Verteilung der Fördermittel und die Reduktion von Bürokratie ein, um die Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft zu steigern.

3. Steigerung des Bio-Absatzes in der öffentlichen Beschaffung

Frage: Werden Sie die notwendigen Maßnahmen setzen, damit der Anteil biologischer Lebensmittel in der öffentlichen Beschaffung des Bundes rasch steigt und die bestehenden Ziele des Aktionsplanes Nachhaltige Beschaffung auch in der Praxis umgesetzt werden? Wenn ja, welche Maßnahmen planen Sie zu ergreifen?

Steigende Absatzzahlen und angemessene Erzeugerpreise sind Voraussetzungen für eine weiterhin positive Entwicklung der biologischen Landwirtschaft in Österreich. Der vermehrte Einkauf von Bio-Lebensmitteln durch die öffentliche Hand ist eine wichtige Maßnahme um den Bio-Markt anzukurbeln. Der Bio-Anteil in der Bundesbeschaffung soll laut dem aktuell gültigen Aktionsplan „naBe“ ab dem Jahr 2023 25 Prozent, ab 2025 30 Prozent und ab dem Jahr 2030 55 Prozent betragen. Aktuelle Informationen zufolge liegt der Anteil jedoch derzeit noch im niedrigen einstelligen Bereich. Notwendige Maßnahmen zur Steigerung des Bio-Anteils sind unter anderem die Sicherstellung der Einhaltung der naBe-Kriterien beim Einkauf (inklusive Bereitstellung der notwendigen Budgetmittel), Ausschreibung von eigenen, kleinteiligen Bio-Losen sowie die Unterstützung von Großküchen bei der Umsetzung.

ÖVP: JA!

Zu den aktuellen Zahlen der nachhaltigen Beschaffung gibt es aufgrund fehlender Monitoringprozesse und unterschiedlichen Auswertungen basierend auf unterschiedlichen Kriterien, unzureichende Daten. Von wesentlicher Bedeutung ist hier die Etablierung von regionalen Losen und die Förderung von Kleinunternehmen, um bei Ausschreibungen zum Zug zu kommen.

SPÖ: JA!

Der nationale Aktionsplan für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung (naBe) und seine Kriterien sind nicht rechtsverbindlich, jedoch konkretisieren sie das Bundesvergabegesetz (BVerG) und werden vom Bund und den Sektorenauftraggebern als Selbstverpflichtung verstanden und entsprechend umgesetzt, was zu begrüßen ist. Dennoch braucht es eine Harmonisierung und Ausweitung der Kriterien für eine nachhaltige Beschaffung, da der naBe weder systematisch noch flächendeckend – beispielsweise nicht auf alle Schulen – Anwendung findet. Die gesetzlichen Möglichkeiten zur umweltgerechten Beschaffung wären allerdings gegeben. Diese gilt es zu nutzen. Grundsätzlich sollte der Einsatz von Steuergeldern in Zukunft standardmäßig an sozial-ökologische Konditionen gebunden werden, so auch im Bereich der öffentlichen Beschaffung.



FPÖ: JA!

Um den Bio-Anteil in ganz Österreich zu steigern, muss die Politik mit gutem Beispiel vorangehen. Der Aktionsplan „naBe“ ist daher als Schritt in die richtige Richtung auch tatsächlich umzusetzen und soll kein leeres Versprechen bleiben. Nur eine gesunde bäuerliche Struktur sowie eine starke Wirtschaft sind Garanten für eine hohe Lebensmittel- und Versorgungssicherheit.

GRÜNE: JA!

Wir Grüne wollen natürlich den Bio-Anteil in der öffentlichen Beschaffung erhöhen. Dazu braucht es vor allem eigene Bio-Ausschreibungen, eine Beratung für Großküchen und Kantinen und Transparenz darüber, welches Ministerium wie viel Bio-Lebensmittel einkauft.

NEOS: JA!

Wir setzen uns für eine konsequente Umsetzung des naBe-Aktionsplanes ein - aktuell ist die Regierung weit davon entfernt, die durch den naBe vorgegebenen Ziele in der Lebensmittelbeschaffung zu erreichen. Wir fordern klare (zusätzliche) legislative Vorgaben vonseiten der Regierung und gesetzliche Anpassungen, die die BBG rechtlich dazu verpflichten, bestimmte Mindestkriterien einhalten, die zumindest eine angemessene Bio-Quote umfassen. Außerdem wollen wir die Umsetzung einer Monitoringstelle forcieren, die die verbindliche Umsetzung der Kriterien in den Ministerien überprüft und dokumentiert, aus welchen Quellen die Lebensmittel stammen.

4. Gentechnik-Freiheit absichern

Frage: Treten Sie für verpflichtende Kennzeichnung, Rückverfolgbarkeit und Koexistenzmaßnahmen auch für neue Gentechnik ein?

Derzeit wird das EU-Recht zur Gentechnik einer Revision unterzogen. Geht es nach der EU-Kommission sollten die Schutzbestimmungen aufgeweicht werden. Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit und Koexistenzmaßnahmen sind jedoch unabdingbare Voraussetzungen dafür, dass auch in Zukunft Bäuerinnen und Bauern sowie KonsumentInnen auf Gentechnik verzichten können. Es steht die Wahlfreiheit und der erfolgreiche Weg der Gentechnik-freien Innovation in Österreichs Landwirtschaft- und Ernährungswirtschaft auf dem Spiel.

ÖVP: JA!

Bäuerinnen und Bauern, die GVO-freie Lebensmittel oder Bio-Lebensmittel produzieren, müssen durch nachvollziehbare Warenströme weiterhin abgesichert bleiben. Auch der Konsument muss die Wahlfreiheit haben, ob er sich für ein genetisch verändertes Produkt entscheidet oder nicht. Die Europäische Kommission ist gefordert, eine machbare Lösung zur Gewährleistung der Nachverfolgbarkeit und der Wahlfreiheit zu finden. Wir wollen in Österreich weiterhin eine nachhaltige bäuerliche Züchtung. Daher lehnen wir jegliche Patente auf Tiere und Pflanzen ab. Dadurch bleibt für kleine und mittelständische heimische Unternehmen der Zugang zum internationalen Züchtungsfortschritt gesichert.



SPÖ: JA!

Seit dem Urteil des EuGH zur Neuen Gentechnik setzt sich die SPÖ dafür ein, dass – entsprechend dem Vorsorgeprinzip – Kennzeichnung, Risikoabschätzung und Rückverfolgbarkeit auch in den Regelungen zur Neuen Gentechnik enthalten sein müssen. Die Neue Gentechnik ist wie die Alte Gentechnik zu behandeln. Zusätzlich bedarf es eben auch hier Koexistenzmaßnahmen, damit die Wahlfreiheit sowohl für die Landwirt:innen als auch die Konsument:innen gegeben ist. Es darf nicht sein, dass die Biolandwirtschaft gefährdet wird.

FPÖ: JA!

Um zu verhindern, dass gentechnisch manipulierte Lebensmittel unwissentlich oder unbeabsichtigt zur Verwendung kommen, müssen diese umfassende Anforderungen an Rückverfolgbarkeit erfüllen und entsprechend gekennzeichnet sein. Eine ungewollte bzw. unwissentliche Verwendung von Produkten und Organismen, die mit neuen genomischen Techniken entwickelt bzw. erstellt wurden, muss zu jedem Zeitpunkt ausschließbar sein. Außerdem muss das in Verkehr bringen von gleichermaßen bedenklichen Laborfleisch bis zum Ausschluss jedweder gesundheitlicher Bedenken verhindert werden.

GRÜNE: JA!

Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass bei Neuer Gentechnik weiterhin das Vorsorgeprinzip gilt, dass im Zuge des Zulassungsverfahrens eine Risikoprüfung gemacht wird und - vom Saatgut bis zum Endprodukt- alle mit Gentechnik erzeugten Produkte gekennzeichnet werden müssen. Das ist besonders wichtig, um die Wahlfreiheit der Konsument:innen und die Rückverfolgbarkeit der Produkte zu gewährleisten. Auf jeden Fall braucht es aus unserer Sicht Koexistenzmaßnahmen und nationale Spielräume, um dort, wo es notwendig ist, Anbauverbote beschließen zu können. Das ist gerade für Österreich mit dem EU-weit höchsten Anteil an Bio-Anbauflächen besonders wichtig.

NEOS: JA!

NEOS treten für eine verpflichtende Kennzeichnung, Rückverfolgbarkeit und Koexistenzmaßnahmen für neue Gentechnik ein, dort wo es wissenschaftlich möglich und sinnvoll ist. Sogenannte "neue Gentechnik-Pflanzen der Kategorie 1" (NGT 1) unterliegen nicht den Kennzeichnungsvorschriften des neuen GVO-Rahmens. Sie werden in gleicher Weise gekennzeichnet wie konventionelle Pflanzen, da die Mutationen auch auf natürliche Weise oder per konventioneller Züchtung erreicht werden können. Der Aufwand einer Kennzeichnung und einer Rückverfolgung und die daraus resultierende Diskriminierung gegenüber "konventionellen" Produkten wäre nur dann gerechtfertigt, wenn es hier tatsächlich strukturelle Unterschiede gäbe, die NGT-Produkte von "konventionellen" Produkten unterscheidet. Die Koexistenz am Feld ist nur bedingt möglich, weil der NGT-Eintrag in konventionelle Züchtungen laut Wissenschaftlern nur schwer bis gar nicht nachweisbar ist.

Hinweis: Die NEOS geben zwar an für eine Kennzeichnung neuer Gentechnik zu sein, machen in den Erläuterungen allerdings klar, dass sich dieses „Ja“ nur auf einen Bruchteil solcher Gentech-Pflanzen bezieht. Für die sogenannte Neue-Gentechnik-Pflanzen der Kategorie 1" (NGT 1) stellen die NEOS die Sinnhaftigkeit und Möglichkeit einer verpflichtenden Kennzeichnung, der Rückverfolgbarkeit und von Koexistenzmaßnahmen in Frage. Laut Analyse des deutschen Bundesamts für Naturschutz sind 94% der Neue-Gentechnik-Pflanzen dieser Kategorie „NGT 1“ zuzuordnen². Für den überwiegenden Teil der Pflanzen,

² Siehe <https://www.bfn.de/aktuelles/studie-zur-auswirkung-des-verordnungsentwurf-der-eu-kommission-zu-neuen-genomischen>



die mit neuer Gentechnik erzeugt werden, treten die NEOS daher umissverständlich nicht für eine verpflichtende Kennzeichnung ein.

5. Tierwohl-Kennzeichnung mit Bio-Stufe

Frage: Werden Sie im Rahmen einer nationalen (freiwilligen) bzw. EU-weiten (verpflichtenden) Tierhaltungskennzeichnung dafür eintreten, dass die biologische Landwirtschaft in einem mehrstufigen Kennzeichnungssystem als eigene und höchstwertige Stufe verankert wird?

Die Einführung einer Tierhaltungskennzeichnung würde nicht nur zu mehr Transparenz und Fairness am Markt führen, sondern es den Bäuerinnen und Bauern zudem ermöglichen ihre hohen Investitionen in Tierwohlstandards am Markt in Wert zu setzen. Die biologische Landwirtschaft erfüllt dabei die höchsten Ansprüche an das Tierwohl, die auch durch die EU-Gesetzgebung (Verordnung 2018/848) festgelegt sind. Analog zur etablierten EU-Kennzeichnung für Frischeier muss die biologische Landwirtschaft in einem mehrstufigen Tierwohl-Kennzeichnungssystem daher konsequenterweise die höchstwertige Stufe darstellen. In Deutschland wurde dies bereits so umgesetzt.

ÖVP: Weder JA noch NEIN angekreuzt!

Der Konsument entscheidet über den Produktionsauftrag. Wir brauchen eine Harmonisierung der Produktions- und Tierwohlstandards, unter Berücksichtigung der hohen österreichischen Standards, für Europa und die Absicherung einer modernen europäischen Lebensmittelproduktion.

Wir setzen uns daher für eine marktkonforme Weiterentwicklung und eine adäquate Abgeltung der Haltungsformen ein. Für die konkrete Ausgestaltung einer etwaigen Haltungsformkennzeichnung wird unter Einbindung aller Branchen und Interessensverbände eine Lösung erarbeitet werden.

UPDATE 27.09.2024: Die ÖVP ändert Ihre Antwort auf die Frage 5 „Tierwohlkennzeichnung mit Bio-Stufe“ zu einem eindeutigen JA und informiert: „Unser Ziel ist es, die biologische Produktion als eigene Kategorie zu verankern.“

SPÖ: JA!

Die SPÖ setzt sich dafür ein, dass sich Österreich zu einem Tierwohlmusterland entwickelt. Ein wesentlicher Faktor dafür ist aus unserer Sicht eine Herkunftskennzeichnung, die jedenfalls mit einer Tierhaltungskennzeichnung verbunden sein muss. Zentral ist hier, dass die jeweiligen Stufen sich nicht nur marginal unterscheiden. Dies ist die Chance für die österreichische Landwirtschaft, ihre Produkte zu vermarkten und bedeutet Wahlfreiheit für die Konsument:innen. Die Haltungsbedingungen der biologischen Produktionsweise sind hier entsprechend diesem besonders hohen Niveau hervorzuheben.

FPÖ: NEIN!

Die FPÖ fordert seit Jahren eine lückenlose Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln, damit die Konsumenten, die nach höchsten heimischen Standards produzierten Produkte als solche erkennen können. Diese soll eine strenge Auslegung der EU-Primärzutatenverordnung, Herkunftskennzeichnung jener Produkte, die nur wenig verarbeitet sind (insbesondere für den tierischen Bereich) und einer



Herkunftskennzeichnung von Fleisch, Eiern und Milch in Großküchen umfassen. Ferner muss es eine bessere Unterstützung für freiwillige Kennzeichnungssysteme, insbesondere auch im BIO-Bereich, geben.

GRÜNE: JA!

Das ist in all den Vorschlägen zur Tierhaltungskennzeichnung, die wir erarbeitet haben und für die wir uns eingesetzt haben, so vorgesehen.

NEOS: JA!

Höhere gesetzliche Tierhaltungs-Mindeststandards sollten nicht nur national, sondern jedenfalls EU-weit eingeführt, ausgebaut und wirksam kontrolliert werden. Ein erster wichtiger Schritt wäre die Haltungskennzeichnung, denn nur wenn die Konsument:innen wissen, aus welcher Haltung das Produkt in ihrer Hand stammt, können sie dementsprechend entscheiden. Konsument:innen können bewusster Kaufentscheidungen treffen, dadurch könnte sich auch das Bewusstsein für artgerechte Tierhaltung insgesamt verbessern. Man muss aber anmerken, dass es gilt, einheitliche Standards für die Kennzeichnung festzulegen und zu kontrollieren und diese zu etablieren. Es muss darauf geachtet werden, dass es nicht zu unübersichtlichen Siegeln kommt und die Kennzeichnung für Betriebe keinen zu hohen Mehraufwand bzw. Bürokratieaufwand darstellt.

Weiterführende Informationen

Parteiprogramme

Karl Nehammer – Die Volkspartei (ÖVP):

[Österreichplan: https://www.deroesterreichplan.at/Download/Pdf/Der_Oesterreichplan.pdf](https://www.deroesterreichplan.at/Download/Pdf/Der_Oesterreichplan.pdf)

Zum Thema Landwirtschaft siehe S. 62ff, S. 72

Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ):

kurz Zusammenfassung auf Homepage: <https://www.spoe.at/mit-herz-und-hirn-24-ideen-fuer-oesterreich/>

Langversion: https://www.spoe.at/wp-content/uploads/2024/04/Herz-und-Hirn_Web.pdf

Zum Thema Landwirtschaft siehe S. 50ff, S.56f

Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ):

https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/NRW2024/PDF/Wahlprogramm_A4_Langversion_oS_web.pdf



Zum Thema Landwirtschaft siehe S. 40f und S. 88

Die Grünen – Die Grüne Alternative (GRÜNE):

<https://gruene.at/nrwprogramm24/>

Zum Thema Landwirtschaft siehe S. 18 bis 32 (in Langversion “Nationalratswahlprogramm 2024 – Wähl, als gäb’s ein Morgen”)

NEOS – Die Reformkraft für dein neues Österreich (NEOS):

https://www.neos.eu/Resources/Persistent/2e07290a086b7a56de6086abf83a3fc1a28685fc/NEOS_REFORMEN%20FUER%20DEIN%20NEUES%20OESTERREICH.pdf

Zum Thema Landwirtschaft siehe S. 36

Ergänzend zu den Wahlprogrammen der befragten Parteien finden Sie hier die Wahlprogramme der übrigen wahlwerbenden Parteien:

Die Bierpartei (BIER):

<https://www.bierpartei.eu/menu/>

Keine von denen (KEINE):

100-Schritte-Programm: <https://www.derwandel.at/100-schritteprogramm/>

Zum Thema Landwirtschaft siehe Punkte 27, 55 und 83

Zukunftsprogramm: <https://www.derwandel.at/zukunftsprogramm/>

Kommunistische Partei Österreichs – KPÖ Plus (KPÖ):

Wahlprogramm: https://www.kpoe.at/wp-content/uploads/2024/08/2024-08_A5_Wahlprogramm.pdf

Zum Thema Landwirtschaft vgl. Kapitel 3 „Klima statt Konzerne schützen“, S.14ff

Liste Madeleine Petrovic (LMP):

<https://liste-petrovic.at/unsere-politik/>



Wahlhilfen im Internet

Wahlkabine: <https://wahlkabine.at/>

Der Standard – Wahlkompass: <https://www.derstandard.at/story/3000000227558/der-standard-wahlkompass-zur-nationalratswahl>

Arge Gentechnik-frei “Der Parteien-Check zur Nationalratswahl 2024”: <https://gentechnikfrei.at/der-parteien-check/>

WWF “Umwelt-Check”: <https://www.wwf.at/artikel/nationalratswahl-2024-die-parteien-im-wwf-umwelt-check/>

Global2000 “Klimaschutz Wahlprogramm-Check”: <https://www.global2000.at/news/wahlprogramm-check>

10 Schritte für eine soziale und ökologische Landwirtschaft “Wahlcheck Landwirtschaft”:
<https://www.global2000.at/news/wahlcheck-soziale-und-oekologische-landwirtschaft>